

Liechtenstein hinkt hinterher

Schwächephase Die liechtensteinische Volkswirtschaft findet nach dem Absturz im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht aus dem Tief heraus. Der Ökonom Andreas Brunhart weist darauf hin, dass sich die strukturellen Probleme im Kleinstaat weiter verschärft haben.

VON PATRICK STAHL

Andreas Brunhart hat als einen Teil seiner Doktorarbeit in Volkswirtschaft die Wirtschaftsleistung Liechtensteins von 1997 bis in die 1950er-Jahre zurück geschätzt, als diese Daten noch gar nicht offiziell ausgewiesen wurden. Darauf aufbauend verglich der Forschungsbeauftragte des Liechtenstein-Instituts in Bendern in einem Arbeitspapier die Entwicklung des Kleinstaates mit den Nachbarländern.

Das Fazit ist auf den ersten Blick wenig erstaunlich: Liechtensteins Volkswirtschaft hat jahrzehntelang nur eine Richtung gekannt: nach oben. Nimmt man das Jahr 1972 als Massstab, vervierfachte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Liechtensteins bis heute beinahe und wuchs dabei wesentlich schneller als in den Nachbarstaaten. In der gleichen Zeitspanne wuchs die österreichische Wirtschaft um den Faktor 2,5, während sich die Wirtschaftsleistung Deutschlands und der Schweiz seit 1972 etwa verdoppelte.

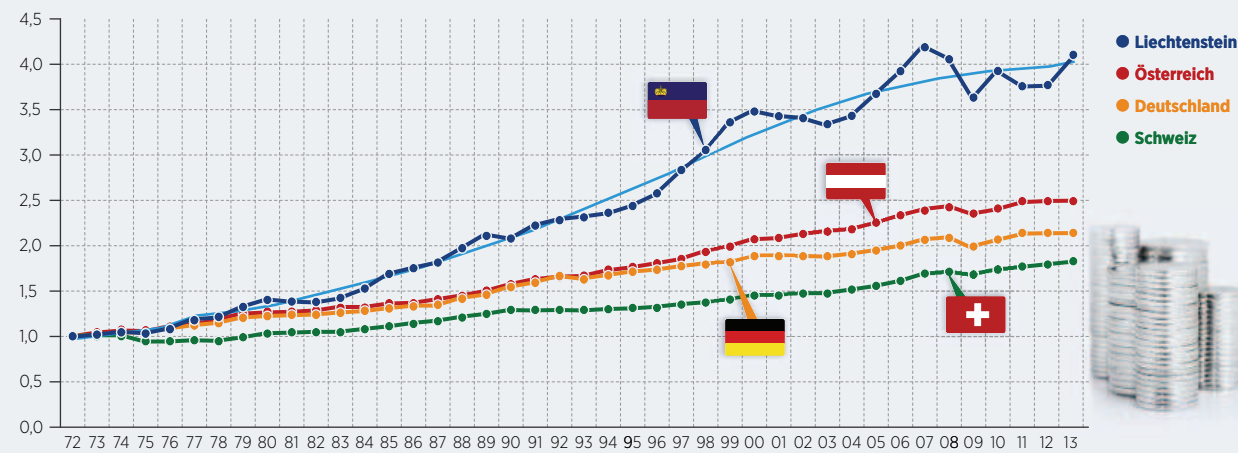
Eklatante Wachstumsschwäche

Der langfristige Vergleich täuscht aber darüber hinweg, dass Liechtensteins Volkswirtschaft ein Wachstumsproblem hat. Brunhart zeigt in einer aktuellen Publikation, dass das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Liechtensteins bereits Ende der 1990er-Jahre kontinuierlich nachgelassen hat und mittlerweile unter jenes der Nachbarstaaten gefallen ist. Zwar wuchs die Wirtschaftsleistung des Landes noch bis zum Jahr 2007 weiter, als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) den Rekordwert von 5,52 Milliarden Franken erreichte.

Seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wird die Wachstumsschwäche allerdings ekla-

REALES BRUTTOINLANDSPRODUKT

Wachstumsdelle Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts seit 1972



Wirtschaftsregional Infografik: Ralph Vogt, Quelle: Andreas Brunhart in «LI-AKTUELL 1/2015», reales Bruttoinlandsprodukt indiziert auf das Jahr 1972

rant: Im Jahr 2009 brach das BIP um über zehn Prozent auf 4,9 Milliarden Franken ein. Von diesem Schock dürfte sich die liechtensteinische Volkswirtschaft bis heute nicht erholen haben. Laut der aktuellsten Schätzung des Amtes für Statistik lag das BIP trotz des starken Anstiegs im Jahr 2013 bei 5,49 Milliarden Franken und damit sechs Jahre später auch bei laufenden Preisen noch immer unter dem Rekordwert.

Weniger produktiv

Brunhart zeigt auf, dass sich die Schweiz schneller von der weltweiten Wirtschaftskrise erholte als Liechtenstein, obwohl beide Staaten ähnlich starken Einflüssen wie der Finanzkrise, der Frankenstärke und dem Druck auf den Finanzplatz ausgesetzt waren. «Die

liechtensteinische Volkswirtschaft wurde also nicht nur von externen Einflüssen getroffen, sondern leidet auch unter strukturellen Wachstumsproblemen», sagt der Volkswirtschaftler. Das Wachstum sei vor allem durch eine Zunahme der Beschäftigten getrieben anstatt durch eine Steigerung der Produktivität. Während die Wirtschaftsleistung Liechtensteins zuletzt bestenfalls stagnierte, wuchs die Zahl der Beschäftigten in Liechtenstein auch in den Krisenjahren. Die Zahl der Grenzgänger wächst seit Jahrzehnten überdurchschnittlich stark an. Mittlerweile pendelt mehr als die Hälfte der Beschäftigten täglich aus dem Ausland zur Arbeit nach Liechtenstein. Ende 2013 waren in Liechtenstein insgesamt rund 36 000 Menschen beschäftigt.

Das Auseinanderdriften von Wirtschaftsleistung und Beschäftigungs-

wachstum impliziert, dass die Arbeitsproduktivität in Liechtenstein kontinuierlich sinkt. So ist die Wertschöpfung pro Erwerbstätigem seit dem Jahr 2007 nominal um über zwölf Prozent gefallen. Während die Industriebetriebe wie Hilti oder ThyssenKrupp Presta ihre Produktivität stabil gehalten haben, hat die Wertschöpfung und Produktivität insbesondere in der Finanzbranche massiv abgenommen. Brunhart macht dafür unter anderem die historisch tiefen Zinsspannen und den Kapitalabfluss verantwortlich.

Sondereffekt durch Steuerreform

Laut Brunhart hat die Stagnation der liechtensteinischen Volkswirtschaft auch direkte Folgen auf die Einkommensentwicklung. Liechtenstein ist zwar nach wie vor das reichste Land pro

Kopf im europäischen Wirtschaftsraum. Trotzdem zeigt auch hier die Tendenz nach unten. Das Bruttonationaleinkommen hat seit dem Höhepunkt im Jahr 2008 um mehr als ein Viertel abgenommen. In den Jahren 2011 und 2012 sank dieser Wert jeweils zweistellig. Das Bruttonationaleinkommen umfasst sowohl die Vermögens- und Arbeitseinkommen der Bevölkerung und Unternehmen als auch jene des Staates.

Brunhart schränkt aber ein, dass ein Sondereffekt 2011 und 2012 stark ins Gewicht fiel: Mit dem neuen Steuergesetz hat Liechtenstein die Couponsteuer abgeschafft. Die Aufhebung führte dazu, dass die meisten Unternehmen ihre Gewinne bis zum Inkrafttreten des Steuergesetzes horteten, um anschliessend die Dividenden steuerlich begünstigt an ihre Aktionäre ausschütten zu können. Weil ein Grossteil der Aktionäre im Ausland seinen Sitz hat, sank das Bruttonationaleinkommen vorübergehend. Laut Brunhart dürfte dieser Sondereffekt mehrere Hundert Millionen Franken betragen, dieser sollte sich allerdings ab dem Jahr 2013 wieder zurückbilden.

Strukturelle Ursachen

Für Brunhart ist aber klar: Der Rückgang der aggregierten Einkommen seit 2008 hat vor allem strukturelle Ursachen. Er vergleicht dazu die Pro-Kopf-Grössen von Volks- und Bruttonationaleinkommen Liechtensteins mit der Schweiz. «Daran sieht man, dass Liechtenstein die Schweiz Ende der 1960er-Jahre überholte und bis Ende der 1990er-Jahre das doppelte Niveau der Schweiz erreichte. Mittlerweile gleichen sich die Einkommen aber wieder der Schweiz an, selbst wenn man den durch die Steuerreform ausgelösten Sondereffekt für die Jahre 2011 und 2012 herauschätzt.»

«Bildung und Forschung werden noch zentraler»

INTERVIEW: PATRICK STAHL

Herr Brunhart, Liechtensteins Volkswirtschaft gibt Anlass zur Sorge. Droht Liechtenstein etwa dasselbe Schicksal wie Island mit dem Staatsbankrott?

Andreas Brunhart: Die Situation ist mit Island nicht vergleichbar, ein liechtensteinischer Staatsbankrott generell nur schwer denkbar. Der isländische Staatsbankrott entstand ja in erster Linie durch die Verstaatlichung der drei grössten isländischen Finanzinstitute, welche als Folge der Pleite von Lehman Brothers im September 2008 endgültig leckgeschlagen waren. Man muss sich vor Augen halten, dass Liechtenstein über eine breit diversifizierte Volkswirtschaft verfügt mit jahrzehntelangem Wachstum auf solidem Fundament. Es bestehen zudem weniger Klumpenrisiken und Liechtensteins Banken haben andere – wenn man so will vorsichtigere – Geschäftsstrategien und eine viel bessere Eigenkapitalausstattung. Trotzdem: Die Konsequenzen einer Pleite einer der grossen Banken in Liechtenstein, wegen der Staatsgarantie speziell der Landesbank, oder einer grossen Industrieunternehmung sind schwer abzuschätzen, wären aber sicher gravierend bis fatal. Über diese Risiken und der damit verbundenen «Too big to fail»-Problematik wird für meinen Geschmack öffentlich immer noch zu wenig diskutiert.

Kleinststaaten sind in der Regel konjunkturenfalliger als Grossstaaten, weil sie stärker vom Export abhängig sind.

Solange das hohe Risiko der Volatilität mit hohem durchschnittlichem Wachstum kompensiert wird und Profite und Risiken auf alle Gesellschaftsschichten gerecht verteilt werden, ist dies nicht so dramatisch. Der starke Einbruch Liechtensteins nach der Finanzkrise liess allerdings auch eine stärkere konjunktu-

relle Erholung erwarten. Die wichtigsten Wirtschaftsdaten zeigen, dass die volkswirtschaftliche Produktionsleistung sowie die Vermögens- und Arbeitseinkommen Liechtensteins auch Jahre nach dem Höhepunkt der Finanzkrise 2009 inflationsbereinigt noch immer unter dem Vorkrisenniveau liegen. Dies steht in starkem Kontrast zu den umliegenden Staaten Schweiz, Österreich und Deutschland. Es scheint in Liechtenstein zu einem Trendbruch gekommen zu sein, also zu einem strukturellen Einbruch über die konjunkturellen Einflüsse hinaus. Ein Kleinstaat kann seine Prosperität sichern, indem er gewisse wirtschaftliche Nischen besetzt und diesen höheren Wachstumspfad dann durch ein höheres Risiko, welches volkswirtschaftliche Kosten birgt, erkaufte. Für Liechtenstein wurde dieser Zusammenhang aber aufgeweicht: Es ist in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer Erhöhung der Volatilität – eine Ausnahme im internationalen Kontext – gekommen, diese wurde aber nicht durch höheres Wachstum begleitet. Das Gegenteil war der Fall. Diese Volatilitäts-erhöhung hat sich hauptsächlich im Finanzdienstleistungssektor ergeben.

Wie wirkt sich dies auf individueller Ebene aus?

Es zeigt sich in vielen internationalen Analysen empirisch, dass unter der Finanzkrise die oberen Einkommenschichten viel geringer als andere zu leiden hatten. Die Entwicklung der oberen 1 Prozent der Einkommen war eigentlich bis auf einen vorübergehenden Einbruch gar nicht betroffen. Dies deutet auf ein globales Ungleichgewicht von Wachstumsprofite und der Last der daraus entstehenden Risiken hin. In Bezug auf

Liechtenstein lässt sich dieses Ungleichgewicht, auch aufgrund der dünnen Datenlage, aber noch nicht nachweisen.

Welche wirtschafts- oder finanzpolitischen Aufgabenstellungen ergeben sich daraus aus Ihrer Sicht für Liechtenstein?

Viele der hier zu nennenden konkreten Aufgabenstellungen wurden in der neuen Standortstrategie der Regierung bereits aufgegriffen. In Bezug auf wirtschaftspolitische Empfehlungen ergibt sich generell eine Gratwanderung. Einerseits kann und muss ein flexibler Kleinstaat wie Liechtenstein wirtschaftspolitische Leitlinien setzen, was man in Liechtenstein entgegen landläufiger Meinung auch immer wieder, wenn auch eher langfristig-strategisch, getan hat. Andererseits können durch zu viel Steuerung von oben Innovationen gebremst oder Fehlanreize gesetzt werden; letztlich sind ja die Unternehmen die eigentlichen Innovatoren. Hier ist der ständige Dialog auch in Zukunft wichtig.

Können Sie dennoch ein konkretes Beispiel nennen?

Eine schwache oder im Fall Liechtensteins sogar negative Wachstums- und Produktivitätsentwicklung gefährdet langfristig die Nachhaltigkeit der Sozialsysteme und das attraktive Steuerregime Liechtensteins und es ergibt sich mittelfristig gerade in einem Kleinstaat eine räumliche Dimension des Problems über ökologische Erwägungen hinaus. Durch das schwache Produktivitätswachstum und den daraus resultierenden steigenden Ansprüchen an die knappe Ressource Boden als Produktionsfaktor, an die öffentliche und private Infrastruktur und das Verkehrs-

netz wird das Potenzial für den ökonomischen Erfolg Liechtensteins weiter geschmälert. Im diesem Zusammenhang wird man meiner Ansicht nach um die finanzpolitische Diskussion einer reformierten Besteuerung des Bodens nicht herumkommen. Einen Beitrag dazu liefert ein kürzlich veröffentlichtes Arbeitspapier des Liechtenstein-Instituts. Volkswirtschaftliche Fragestellungen sollten in Liechtenstein generell noch mehr erforscht und öffentlich diskutiert werden, dies gilt nicht erst seit der Schliessung der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein Ende letzten Jahres. Hier erhoffe ich mir auch neue Denkanstösse und Analysen durch Studien im Auftrag des neuen Think Tanks «Zukunft.li».

Welche weiteren Probleme sehen Sie im Zusammenhang mit Ihren Analysen auf das Land zukommen?

Neben der Problematik geringen wirtschaftlichen Wachstums per se haben auch die Problemfelder der Verkehrsinfrastruktur, Raumplanung oder Migration eine volkswirtschaftliche Komponente und werden durch ein Wachstum, welches nur auf Beschäftigungsausbau beruht, negativ beeinflusst. Zudem werden private und öffentliche Anstrengungen im Bereich der Bildung und Forschung in Zukunft noch zentraler sein. Dies kann, gerade im Kontext einer schwachen Produktivitätsentwicklung, nicht oft genug wiederholt werden. Auch werden die Verteilungsfragen und -kämpfe bei anhaltend schwachem Wachstum weiter zunehmen oder sind bereits in vollem Gange, wie man bei den teils heftigen Debatten in Politik und verbandlicher Interessenvertretung in jüngster Zeit schon sieht.

Wie beurteilen Sie diese aktuellen Verteilungskämpfe?

In diesen Debatten sollte die Volkswirtschaft als Ganzes und auch in ihrer dynamischen Entwicklung nicht aus den Augen verloren werden. Alleine schon die Diskussion von volkswirtschaftlichen Verteilungsfragen als Sozialismus abzutun und so im Keim zu ersticken, ist aus wissenschaftlich angewandter Perspektive widersinnig und ökonomisch fahrlässig, weil man die Diskussion dadurch nur verschiebt und eventuelle Probleme indirekt verschlimmert. Verteilungsaspekte sind nicht nur aus sozialer Sicht wichtig, sondern haben auch langfristige Implikationen für das Wachstum einer Volkswirtschaft. Dieser Konsens kristallisiert sich mittlerweile immer mehr heraus. Führende Ökonomen – darunter auch einige Nobelpreisträger – weisen schon seit längerer Zeit auf die wachstumshemmende Wirkung einer stark ansteigenden Ungleichheit von Einkommen und Vermögen hin. Und auch die nun wahrlich nicht als links verschrienen Organisationen OECD, Weltbank und Währungsfonds vertreten mittlerweile diese Einsicht in ihren Analysen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen. Dies ist überhaupt kein Widerspruch zu einer liberalen Grundhaltung, weil diese ja Chancengleichheit voraussetzt und die darin propagierten Leistungsanreize nur dann wirksam sein können, wenn eine soziale Durchlässigkeit gegeben ist und die Schere nicht schon zu weit auseinanderklafft.



Andreas Brunhart, Forschungsbeauftragter des Liechtenstein-Instituts in Bendern.